

Die Kartoffelnot im Stadtparlament.

Berliner Stadtverordneten-Versammlung.
(Öffentliche Sitzung vom 9. März.)

In der gestrigen Sitzung wählte die Versammlung für die Vorberatung des noch nicht an die Versammlung gelangten Stadthaushalts 1916 einen Ausschuß.

Auf der Tagesordnung stand die Vorlage betr. die Bewilligung von 6000 M. für Zwecke der Kartoffelvermittlung am 24. Februar 1916.

Stadtv. Wurm (Soz.): Die 6000 M. müssen natürlich bewilligt werden. Wir sind überzeugt, daß die Statistiken zeigen wird, daß die Vorräte Berlins an Kartoffeln sehr gering an Umfang sind und daß Berlin nicht, wie von agrarischer Seite behauptet wird, hier ungeheure Vorräte aufgestapelt hat. Anders steht es auf dem Lande — darüber wird die Statistik nicht in Bewegung gesetzt, denn sie bezieht sich nur auf Gemeinden, Händler und Verbraucher, nicht aber auf die Erzeuger. Wir zweifeln nicht daran, daß im kartoffelreichen Deutschland ein Ueberfluß an Kartoffeln vorhanden ist. Wir ernten 50 Millionen und brauchen 15 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung. Die Kartoffeln, die in den Städten notwendig sind, müssen noch vorhanden sein. Die Städte über 2000 Einwohner fassen 40 Millionen Menschen, da brauchen wir noch 3 Millionen Tonnen, und die müssen doch vorhanden sein — aber sie sind nicht vorhanden! Ueberall herrscht Kartoffelnot! Vor einem Jahr haben wir dasselbe Schauspiel gehabt. Damals, im Februar, März und April, war die Kartoffelnot, die Preise waren unerschwinglich hoch. Dann auf einmal wurden Kartoffeln in so großen Massen hervorgezaubert, daß sie schließlich teilweise verkauft. Jetzt wiederholt sich dieser Mißstand infolge der verfehlten Maßnahmen der Reichsregierung, die nicht für eine Beschlagnahme der Kartoffeln gesorgt hat. Höchstpreise ohne Beschlagnahme sind ein Anreiz, die Kartoffeln zurückzuhalten (Sehr richtig!), und die Landwirte wissen, daß die Höchstpreise eine vorübergehende Erscheinung sind und die Eigentümlichkeit haben, immer höher zu steigen. Dagegen helfen alle Verordnungen nichts, besonders bei uns, wo die Verordnungen nur auf dem Papier stehen. Herr v. Oldenburg-Januschau hat ja in der Westpreussischen Landwirtschaftskammer mit erfrischender Deutlichkeit gesagt: „Das Papier ist geduldig, die Ausführung der Bestimmungen liegt ja in den Händen der Provinzialverwaltung, zu der wir Vertrauen haben.“ Wir Städter aber müssen berechtigtes Mißtrauen haben. (Sehr richtig!) Es müßte ein Beirat gewählt werden, der angegliedert werden müßte an eine Zentralstelle des Reiches. Wir haben aber nur einen Wirrwarr von Verfügungen und Verordnungen erhalten, die die Sache immer schlimmer statt besser gemacht haben. Nach der neuesten Verordnung vom 2. März wird der Effekt sein, daß der Preis für den Zentner Kartoffeln von 2,75 M. auf 4,50 M. und dann auf 5,25 M. steigen wird. Dabei ist nun zu berücksichtigen, daß den Gemeinden

die moralische und finanzielle Verantwortlichkeit

aufgebürdet wird. Die Bundesratsverordnung verpflichtet die Gemeinden, die Kartoffeln abzunehmen zu den Preisen, die der Bundesrat bestimmt, ohne daß sie die Sicherheit haben, Kartoffeln auch zu bekommen. Ganz ungeheuerlich ist es, daß bei einer solchen Sache von so eminenten Bedeutung nicht einmal die Städte oder die Vertreter der Landesregierungen befragt worden sind, wie sich aus einer Äußerung des sächsischen Ministers ergibt, der erklärt hat, daß die Höchstpreise viel zu hoch seien. Was es für das Volk bedeutet, wenn wir dahin kommen, daß für 10 Pfd. Kartoffeln nicht mehr 40 Pf., sondern 65 und bis Juli 70 Pf. bezahlt werden müssen, liegt auf der Hand. Dadurch muß eine große Mißstimmung hervorgerufen werden, denn, wenn auch jeder gern alles trägt, was der Krieg dem Volke auferlegt, so kann man es doch nicht begreifen, daß die notwendige Ware, die vorhanden ist, nicht herauskommt. (Sehr wahr!) Das liegt nicht an einem Mangel der Organisation, sondern an einem Zuviel an Organisation der Landwirte, denen die Städter in bezug auf die Kartoffeln macht- und hilflos gegenüberstehen. Die Würfe richten sich nicht nur gegen die Landwirte, sondern gegen Bestimmungen, die die Möglichkeit geben, Kartoffeln nicht auf den Markt zu bringen. (Beifall.) Die Kartoffelpreise müssen herabgesetzt werden, denn die Bevölkerung ist jetzt mehr als je auf die Kartoffel angewiesen. Die Stadt und ihre Verteilungsstellen trifft kein Vorwurf. Wir müssen Protest erheben gegen das

System der Höchstpreise ohne Beschlagnahme. Die Reichskartoffelstelle muß sich einen Ueberblick verschaffen über das, was gebraucht und was vorhanden ist. Regelung der Produktion und Organisation der Produktion event. durch Zwang ist unbedingt notwendig. Wenn wir die Kartoffelkarte bekommen, muß auf eine Freizügigkeit der Kartoffelkarte in Groß-Berlin der Nachdruck gelegt werden, ferner muß verlangt werden, daß die Reichskartoffelstelle verpflichtet wird, die Bevölkerung ausreichend mit Kartoffeln zu versorgen, und daß die Höchstpreise heruntergesetzt werden und wir nicht wieder in solchen Wirrwarr hineingeraten. (Beifall.)

Oberbürgermeister Wermuth: Die Zählung der Kartoffeln am 24. Februar hat ein wesentlich geringeres Ergebnis gezeigt als die Zählung vom 21. Dezember vorigen Jahres. Sie hat erwiesen, daß wir Vorräte hatten für eine nicht allzulange und inzwischen auch schon verstrichene Reihe von Tagen. Die Zufuhr, die seither in Berlin eingetroffen ist, hat sich bedeutend unter dem Durchschnitt der regelmäßigen Zufuhr gehalten, welcher etwa 20 000 Ztr. oder 80—90 Waggons für den Tag beträgt. Vielfach machte die Zufuhr nur einen Bruchteil dieses Durchschnitts aus (hört, hört!); an einzelnen Tagen hat sie — jedenfalls infolge eingetretenen Frostes — ganz gestockt. Den Durchschnitt selbst hat sie in den letzten Wochen

nie erreicht.

Gerade heute ist die Zufuhr auf den Durchschnitt gestiegen, möge dieser Tag eine gute Vorbedeutung für die kommenden sein! — Ein Irrtum des Vorredners war es, wenn er annimmt, daß die Reichskartoffelstelle nicht verpflichtet sei, uns die angemeldeten Kartoffeln auch wirklich zu liefern. Der Wortlaut der Verordnung vom 7. Februar läßt darüber keinen Zweifel, und es wird auch von der Reichskartoffelstelle selbst zugegeben, daß die Städte durch die Anmeldung ihres Bedarfs bei ihr sich von der Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln vollständig befreien, und daß es nun Sache der Reichskartoffelstelle ist, die angemeldeten und von ihr als richtig befundenen Mengen zu den festgestellten und notwendigen Zeiten unweigerlich zu liefern. (Hört, hört!) Die Reichskartoffelstelle bemüht sich jetzt auch nachdrücklich, die Zuführung von Kartoffeln aus den ländlichen Bezirken nach den größeren Städten endlich in Ordnung zu bringen. (Zuruf: Endlich!) Für uns freilich bleibt es von entscheidender Bedeutung, daß es den Reichs- und Staatsbehörden gelingt, die ländlichen Bezirke auch wirklich zur effektiven Lieferung von Kartoffeln zu veranlassen. Wir hoffen, daß das der Fall sein wird. Äußerungen freilich, wie die von dem Herrn Vorredner erwähnte, eines einflußreichen Vertreters der westpreussischen Landwirtschaft, sind sehr geeignet, uns in große

Beunruhigung und Ueberraschung

zu versetzen. (Sehr wahr!) Denn wenn der Redner in der Tat fast unmißverständlich gesagt hat, die Landwirtschaft müsse davon absehen, den Anordnungen der Reichskartoffelstelle wirklich nachzukommen, so erklären sich allerdings manche Schwierigkeiten, die wir in der letzten Zeit haben erfahren müssen. Gerade Westpreußen ist übrigens eine der Provinzen, welche von der Reichskartoffelstelle mit Berlin in unmittelbare Beziehung gebracht worden sind. (Hört, hört!) Für uns ruht jetzt das Heil einzig und allein darin, daß die von der Reichsverwaltung getroffenen Anordnungen, wenn es nötig ist, unter Anwendung aller dem Reiche und Staate zur Verfügung stehenden Machtmittel zur tatsächlichen Handhabung gelangen. (Sehr richtig!) Unter dieser Voraussetzung wird auch die Bevölkerung unserer Stadt die Schwierigkeiten dieser Uebergangsperiode auf sich nehmen. Aber mehr als ein Uebergangszustand können und dürfen die gegenwärtigen Kartoffelversorgungsverhältnisse nicht sein! (Behaftete Zustimmung.)

Stadtv. Dr. Levy II trat den Ausführungen des Vorredners im großen und ganzen bei, ebenso aber auch der Richtigstellung des Oberbürgermeisters bezüglich der Verpflichtung der Reichskartoffelstelle. Die Maßnahmen der Regierung seien recht wenig zweckmäßig gewesen, man sei von einem System ins andere gefallen, und das sei verhängnisvoll geworden. Wir müssen dauernd über die Bestände bei den Landwirten orientiert sein. Für April und Mai werden sich in der Kartoffelversorgung Schwierigkeiten ergeben, die aber dann gehoben sein werden. Die Freizügigkeit der Kartoffelkarte muß unbedingt gewahrt werden.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.): Das Versagen der Reichskartoffelstelle ist zu bedauern; zu bedauern sei auch, daß man sich nicht entschlossen habe, zu einer wirklichen Regelung zu schreiten. Meine Freunde stimmen auch dem Danke an den Magistrat für das, was er bisher auf diesem Gebiete geleistet hat, bei und möchten die volle Uebereinstimmung mit den hier gemachten Ausführungen ausdrücken.

Die Erörterung wurde hierauf geschlossen. Die Magistratevorlage wurde angenommen.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen schloß die öffentliche Sitzung um 7³⁰ Uhr.